

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden,  
Sabon & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:  
Dr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 620.— M. durch die Post bezogen monatlich 630.— M. unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 150.— M. Einzelnummer 25.— M. Sonnabendnummer 30.— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Zeitungsverlag 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur Werktagen von 12 bis 1 Uhr.  
Wohlfühlkassa: Zeitungsverlag 10. Tel. 25261.  
Wohlfühlzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbe Spalte 100.— M., die Spalte 200.— M., auswärts 60.— u. 200.—, Ausland 300 und 500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Geburten- und Todesanzeigen 25 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenlegung 15 M.

Nr. 279

Dresden, Freitag den 1. Dezember 1922

33. Jahrg.

## Mussolini

Im Chorus der ausländischen Blätterstimmen, die sich mit den neuen Drohungen Frankreichs beschäftigen, fehlen diesmal einige Stimmen der Vernunft, die wir seit einigen Jahren bei solchen Gelegenheiten zu registrieren gewohnt waren. Nämlich die deutschfreundlichen Meinungen italienischer Blätter. Als die Ministerpräsidenten des Venediglandes nach Rom oder De Facto hießen, kehrten sich große italienische Organe gegen Frankreichs vertriebene Forderungen. Heute heißt der Ministerpräsident Mussolini, ein nationalistischer Diktator. Oder vielmehr ein Profurist des Großkapitals, der mit großkapitalistischen Geldern eine reaktionäre Soldatengruppe warb. Er predigt den heiligen Egoismus — und die vernünftige, auf Völkervereinigung und europäische Verständigung gerichtete Presse Italiens ist verstummt. Begreift man rechts drüben diese fatalen Zusammenhänge?

Vor einer Woche war in den Blättern eine Unterredung zu lesen, die Mussolini dem Sonderberichterstatter eines großen französischen Blattes gewährt hatte. In dieser Erklärung des neugeborenen Diktators hieß es:

Frankreich ist mit seinem Frieden unzufrieden und es hat recht: der Friede ist schlecht. Der Krieg ist nicht bis zu seinem natürlichen Ende durchgeführt worden. Wir hätten ihn beenden müssen — die Franzosen in Berlin und wir in Wien und Budapest. Der Friede hätte an der Wurzel gepackt werden müssen. Jetzt bemerken die Franzosen, wie wenig Aussicht sie haben, das zu erhalten, was man ihnen schuldig ist. Die Franzosen täuschen sich nicht darüber, daß Deutschland den festen Willen hat, ihnen nichts zuzugestehen, außerdem bildet Deutschland eine Drohung für Frankreich und auch für Italien, denn Tirol ist nur ein geographischer Begriff.

Von der Berliner Regierungskrise wurde diese Mussolini-Meinung mehr in den Hintergrund gedrängt, als sie verdient. Wir erinnern daran die reaktionäre Presse Deutschlands daran, daß sie mit ihrer Stellungnahme gegen Mussolini warten wollte, bis sich die obige Pressemeinung als richtig bestätigt hätte. Damals schrieb die Deutsche Tageszeitung: „Sollte Mussolini die ihm in den Mund gelegten Meinungen wirklich gelten lassen, so sei er eben nicht der Mann, der Italien wieder einer besseren Zukunft entgegenführen könne. Na also, rührt euch, ihr Axtknechte des „Harten Mannes“! Das Interview ist bis heute nicht dementiert worden. Im Gegenteil, der sozialistische Mailänder Avanti hat Mussolinis Meinungen gewissermaßen bestätigt und erklärt, daß von dem Diktator angekündigte Bündnis zwischen Frankreich und Italien zur Vollziehung des Friedensvertrages sei verhängnisvoll, da sein Volk wieder als Kanonenfutter dienen würde. Der Sozialismus bekämpft den deutschen Nationalismus wieder einmal, insofern er militärische Drohungen gegen Deutschland mit Entschiedenheit bekämpft und im Namen einer höheren Menschlichkeit anprangert!

Das peinliche Interview also stimmt, und für die Teile des deutschen Bürgertums, die es angeht, sollte es eine besondere Lehre bedeuten. Nicht, weil das erhoffte Dementi ausblieb, sondern weil Mussolinis Erklärung von vornherein die Logik des Nationalismus hatte. Diese Klarheit fehlt nur den Nationalisten, vor allen den untern. Als Mussolini kam, wurde er gefeiert als ein Mann, der gegen einen „verschwommenen, verweichlichten Internationalismus“ in schöner Mannhaftigkeit die Politik der nationalen Würde — wie es in einigen rechtsstehenden Blättern hieß — aufs Schild erhob. Jetzt, wo der Filialleiter des italienischen Großkapitalismus unter nationaler Würde die straffe Erfüllung des Versailler Friedensvertrages versteht, wo seiner Ansicht nach die nationale Würde Italiens verlangt, daß man von Rom her die Angliederung Tirols fest im Auge behält, daß Italien mit Frankreich zusammengehen müsse, um auf seine Kosten zu kommen — jetzt sind die Lobesgedichte auf diesen großen Mann in untern reaktionären Blättern verstummt. Welche Armut an folgerichtigem Denken, an Konsequenz. Ach, verlangen wir doch von diesen Herrschaften nicht zu viel; sagen wir einfach: Was Mangel an durchsichtiger geistiger Unabhängigkeit. Jeder Mann in wohlwähligerem Alter müßte begreifen haben, daß die Politik des nationalen Egoismus, von dem untre Nationalisten schwärmen, zur Verfeindung der Völker führen muß, daß diese Verfeindung wiederum nur den Krieg als letzte Lösung kennt. Und daß, wer den Widersinn dieser Strebungen erkannt hat, wirken muß für die Auflösung der Völker. Für eine friedliche Verständigung, bei der der nationale Egoismus zu schweigen und eine Menschheitsidee, die über die Nation hinaus reicht, das Wort zu führen hat.

Der Tanz unserer Chauvinisten um Mussolini hat viel von der Konterfeierlichkeit des Systerikers, oder von der verblödeten Denkfähigkeit eines Betrunknen, der sich für nüchtern hält und diesen Blick die andern für berauscht erklärt. Es ist dieses nationalistische Gift wie schlechter Sauer, der in den Redaktionen der bürgerlichen Presse täglich produziert wird und für Vergewaltigung und geistige Unterwerfung nur den Zweck erfüllt, zu brennen, zu benebeln, gegen Wirklichkeiten unempfindlich zu machen. Vielleicht kommt eine fündige Schwapschreibin, die eine Karte Mussolini in Handel bringt.

## Kapitänleutnant Ehrhardt verhaftet

Berlin, 1. Dezember. (Eig. Drahtm.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist Kapitänleutnant Ehrhardt gestern in München verhaftet worden.

Aus München liegen darüber folgende Nachrichten vor: Ehrhardt, gegen den seit dem Kapp-Putsch der Haftbefehl schwebte, ist gestern in München verhaftet und auf Ersuchen des Reichsanwalts nach Leipzig übergeführt worden. Ehrhardt war längere Zeit flüchtig in Wien und Budapest, von wo aus er öfter heimlich nach München kam. Er hatte die Leitung der Organisation C in der Hand, die bekanntlich ihre Bank, die Ehrhardt-Bank in Budapest unterhält. Zuverlässige Meldungen besagten, daß Ehrhardt sich in München aufhielt, aber die Münchner Behörden haben ihn niemals gefunden.

deutschen Angelegenheiten in Verbindung stehen, das erste Anzeichen seines Stellungswandels. Die Bedeutung dieses amerikanischen Schrittes ist heute noch nicht abzusehen. Möglich, daß die ganze Reparationsfrage damit ein ganz neues Gesicht bekommt. Zweifellos ist dieser Schritt gegen Frankreich gerichtet. Ja, er wird vertriebenlich mit den letzten Drohungen der Pariser Regierung gegen Deutschland in direkten Zusammenhang gebracht. Er beweist jedenfalls auch, wie außerordentlich ernst die Bedrohung des Rheinlandes durch den französischen Imperialismus ist. (Der Umsturz in Amerika scheint sich nicht nur auf die Regierung zu beschränken, sondern sich auch in der öffentlichen Meinung zu vollziehen. Beweis: Die einmütige Ablehnung Clemenceaus in Amerika durch Parlament und Presse.)

In englischen Regierungskreisen wird das amerikanische Vorgehen am Rhein als eine außerordentliche Erleichterung empfunden, und vor allem auch deshalb begrüßt, weil es als das erste Ergebnis eines englisch-französischen Meinungswechsels über die Reparationen angesehen wird. Auch wir in Deutschland können eine solche Schwendung der amerikanischen Politik und ihr Eingreifen in die europäischen Fragen nur begrüßen. Ein Zusammengehen der beiden anglosächsischen Staaten scheint das einzige zu sein, was zu den imperialistischen Bestrebungen Poincarés im Augenblick ein ernstliches Gegengewicht bilden könnte.

## Ein Appell der rheinischen Sozialdemokratie

Nach einer Meldung des D. L. aus Köln hat sich die rheinische Sozialdemokratie an den französischen Abgeordneten L. von Blum und den englischen Arbeiterführer Macdonald gewandt und sie gebeten, ihren Einfluß gegen die Verwirklichung der französischen Rheinlandpläne geltend zu machen. Die rheinische Sozialdemokratie hat gestern beschlossen, trotz allem Träumen „Sofort auf die Straße“ von Massenunruhen abzugehen. Sie hält sich aber bereit.

## Die Rubel der R. P. D.

Zu der Frage der finanziellen Unterstützung der deutschen kommunistischen Bewegung dürften folgende Ausführungen über den Rechnungsabluß der Zentrale der R. P. D. in Berlin von Interesse sein. Es betragen die Ausgaben für den Monat August 23,75 Millionen M. und der Zuschuß aus Moskau 30 Millionen M., für den Monat September die Ausgaben 50,25 Millionen M. und der Zuschuß aus Moskau 47,5 Millionen M. Das Merkwürdige ist, daß Millionen der Sowjetregierung nach Deutschland wandern, während unter den kommunistischen Arbeitern im Reich Beiträge für das hungernde russische Volk gesammelt werden.

## Eine Schwendung Amerikas?

Nach dem Mißerfolg, den die Politik Wilsons in Versailles hatte, und bei der Abneigung des Durchschnitts-Amerikaners gegen außenpolitische, besonders gegen europäische Fragen war die Zurückhaltung begreiflich, die die Regierung Harding in der äußeren Politik vor den im November stattgefundenen Wahlen ausübte. Und es war ja außerordentlich bezeichnend für die amerikanischen Verhältnisse, daß dieser Wahlkampf sich ausschließlich um innenpolitische Fragen drehte hat. Die Wahlen sind vorbei. Und nun zwingen eine ganze Reihe von Fragen die Amerikaner dazu, auch außenpolitisch in irgend einer Weise Stellung zu nehmen. Fragen der Finanzen (die interkalierten Schulden), militärische Fragen (Verminderung der Rüstungen), Fragen der Politik und der Wirtschaft (Handelsfreiheit, Arbeitslosigkeit, Warenstauung usw.) — kurz, eine Reihe Probleme verlangen, daß man ihnen ins Auge sieht, was man sie angeht und sich nicht mehr um sie herumdrückt wie die Sage um den heißen Brei.

Schon das Eingreifen des amerikanischen Vertreters Childs in Lausanne deutete darauf hin, daß sich die Amerikaner aktiver als bisher den außenpolitischen Fragen zuwenden. Aber auch gegenüber Europa scheint sich jetzt eine Schwendung der amerikanischen Politik zu vollziehen. Vor bisher das allmähliche Zurückziehen der amerikanischen Besatzungstruppen aus den Rheinländern die Begleiterscheinung einer Politik, die sich immer mehr von den europäischen Fragen zurückzog — der Abzug der letzten amerikanischen Besatzung war bereits angekündigt —, so ist die Mitteilung der amerikanischen Regierung, daß die amerikanischen Truppen vorläufig im Rheinland bleiben werden, wegen wichtiger Gründe, die mit auslän-

## Die sächsische Arbeiterregierung

Zur Eröffnung des neuen Landtags

Die kommunistische Presse ist voll wütender Angriffe gegen unsere Partei, die bei den Verhandlungen über die Regierungsabklärung den überlegenen und ohne die Gefährdung der Reichseinheit undurchführbaren Forderungen der Kommunisten zehn Punkte gegenüberstellte, die nicht dem Agitationsbedürfnis entsprungen waren, sondern auf dem festen Boden der Tatsachen das Durchführbare scharf umrissen zusammenfaßten. Wenn es den Kommunisten wirklich ernst gewesen wäre mit der Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Arbeiterregierung, dann hätten sie auf den durch unsere zehn Punkte geschaffenen gesunden Boden treten und mit uns gemeinsam für die Durchführung unserer Richtlinien verantwortlich wirken müssen. Aber gerade vor dieser Verantwortlichkeit schauten sie zurück, sonst hätten ja ihre Nachläufer die ganze Wohlheit ihrer bisherigen Verberaumungen erkennen müssen und dadurch wären sie bei den durch die bisherigen radikalen Phrasen um jedes klare und logische Denken gedachten Anhängern um jeden Kredit gekommen. Dieser Gefahr wollten sie sich nicht aussetzen. Daher lehnten sie unsere zehn Punkte ab und machten so die Bildung einer gemeinsamen sozialistisch-kommunistischen Arbeiterregierung unmöglich.

Es ist erklärlich, daß die kommunistischen Verbrechungskünstler jetzt in der Furcht vor der Abrechnung, die sie wegen ihres Streiches von den Massen des werktätigen Volkes zu erwarten haben, alle Kräfte anwenden, um ihre eigene Schuld zu bemänteln und unsere Partei für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich zu machen. Die kommunistische Presse schreibt in allen Tonarten: Die R. P. D. verschlägt die Arbeiterregierung und der kommunistische Landesvorstand sagt am Schluß seiner offiziellen Mitteilung über die gescheiterten Beratungen in dem demagogischen Bemühen, einen Gegensatz zwischen den sozialistischen Massen und Führern zu konstruieren.

Die Arbeiter der R. P. D. müssen ihre Führer zwingen, die gemeinsame Front mit der Bourgeoisie und die Furcht vor dem Kampfe mit der Bourgeoisie aufzugeben.

Das ist eine der üblichen kommunistischen Agitationsphrasen, um die Spuren der eigenen Schuld an dem Nichtgelingen der gemeinsamen Arbeiterregierung zu ver-

wischen. Zutreffend sagt dazu die Leipziger Volkszeitung:

„Die R. P. D. braucht nicht erst durch die Arbeiter zum Kampf gegen das kapitalistische Bürgertum gewonnen zu werden, weil sie sich mitten im schwersten Kampfe mit diesem befindet und nach den Worten der Kommunisten, die durch die Parlamentarier der R. P. D. und R. P. D. eroberte Staatsgewalt, wie sie durch den Ausbruch der Wahlen gegeben ist, in den Dienst des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Hunger und Elend und gegen die brutalen Unternehmerratten auf den höchstunten rücksichtslos anzuwenden will. Deshalb das erste Bemühen der R. P. D., eine Verständigung über die Regierungsbildung mit den Kommunisten herbeizuführen. Dieser Versuch unserer Partei ist an dem Verhalten der Kommunisten gescheitert, die, obwohl sie vorher erklärt hatten, sich auf verfassungsmäßigen Boden zu stellen, an Verhandlungen teilnahmen, deren Durchführung einen offenen Verfassungskonflikt mit dem Reich bedeuten würde. Dazu kann die Sozialdemokratie bei den heutigen Verhältnissen ihre Hand nicht bieten, sie würde sonst der Arbeiterklasse einen solchen Dienst erweisen und der Reaktion in Sachsen einen leichten Sieg ermöglichen.“

Paul Böttcher versteigt sich in einem Artikel in den kommunistischen Blättern zu der Behauptung, die R. P. D. fürchte die Arbeiterregierung, deshalb habe sie die kommunistischen Forderungen abgelehnt. Was war denn aber die bisherige Regierung anders als eine Arbeiterregierung, die sich selbst auf die Massen des politisch und gewerkschaftlich organisierten Volkes stützen konnte, allerdings ohne kommunistischen Einschlag! Diese sozialistische Arbeiterregierung wird im Bewußtsein der Verantwortung, die sie bisher getragen hat, das Staatsruder auch weiter zu führen haben allen Angriffen von rechts und links zum Trotz. Sie ist so fest verankert in den politisch und gewerkschaftlich gesuchten Massen des werktätigen Volkes, daß die von den Kommunisten geforderte Nebenregierung der Betriebsräte, die ganz andere Aufgaben zu erfüllen haben, als sie ihnen die Kommunisten gar zu gern zuweisen möchten, nur ein Bemühen und eine Beeinträchtigung des Willens dieser Massen wäre. Mit Recht sagt die Chemnitzer Volksstimme in ihrer gestrigen Nummer in einem Artikel, in dem sie die kommunistische Phrase: „Alle Macht den Betriebsräten!“ gründlich zerpflegt:

„Wir haben in Sachsen keine Kommunisten, keine gelbe